

Kommunalwahl 2026



Politische Teilhabe vor Ort stärken!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 7

Politische Teilhabe

Demokratie vor Ort stärken

Demokratie lebt vom Mitmachen. Doch viele Menschen fühlen sich von Politik und Verwaltung nicht mehr vertreten. Komplexe Verfahren, Barrieren oder mangelnde Transparenz erschweren Beteiligung. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert, dass Kommunen Beteiligungsprozesse bürgernah, inklusiv und verständlich gestalten. Menschen mit Behinderung, ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Menschen mit geringem Einkommen müssen ausdrücklich einbezogen werden. Barrierefreiheit, leichte Sprache und digitale Zugänge sind dafür unerlässlich. Senioren- und Behindertenbeiräte sind bei ihrer Gründung und in ihrer Arbeit zu unterstützen. Nur eine lebendige lokale Demokratie kann Vertrauen und Zusammenhalt fördern.

Der VdK verlangt:

- Barrierefreie politische Teilhabe sichern.
- Barrierefreiheit von Wahllokalen sicherstellen.
- Beteiligungsformate ausbauen, z.B. durch Bürgerstunden.
- Inklusion in kommunaler Politik verankern.
- Ehrenamt stärken und anerkennen.
- Transparente Haushaltsführung gewährleisten.



Armut in der Kommune bekämpfen!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 5

Armutsbekämpfung

ist kommunale Pflicht

Armut betrifft in Niedersachsen und Bremen immer mehr Menschen – insbesondere Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner sowie Erwerbstätige mit niedrigen Einkommen. Kommunen erleben die Folgen dieser Entwicklung täglich: steigende Nachfrage nach Sozialleistungen, überlastete Schuldnerberatungen und zunehmende soziale Spaltung. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert eine konsequente kommunale Armutsprävention. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Jobcentern und Zivilgesellschaft. Kostenfreie Bildungs- und Kulturangebote, Sozialpässe, Schulmaterialfonds und Hilfen bei Energie- und Mietschulden sind konkrete Instrumente, die Kommunen selbst gestalten können. Armut darf nicht als individuelles Versagen gesehen werden, sondern als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die vor Ort angegangen werden muss.

Der VdK verlangt:

- Kommunale Armutsstrategien entwickeln.
- Kostenfreie Teilhabe an Bildung und Kultur sichern.
- Sozialberatung stärken und vernetzen.
- Energie- und Mietschuldenprävention fördern.
- Armut sichtbar machen – nicht verschweigen oder verurteilen.



Pflege: nah, bezahlbar und menschlich!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 4

Pflege

nah, bezahlbar, menschlich

Die Pflege älterer und hilfebedürftiger Menschen ist eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre. Schon heute fehlen in Niedersachsen und Bremen tausende Pflegekräfte. Pflegeeinrichtungen stehen unter wirtschaftlichem Druck, pflegende Angehörige leisten enorme Arbeit – oft am Limit ihrer Belastbarkeit. Kommunen tragen eine zentrale Rolle bei der Koordination, Beratung und Planung pflegerischer Angebote. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert eine verbindliche kommunale Pflegeplanung, die den tatsächlichen Bedarf erfasst und auf regionale Besonderheiten eingeht. Pflegestützpunkte müssen flächendeckend erhalten und ausgebaut werden. Pflege darf nicht zur sozialen oder finanziellen Überforderung werden – sie muss wohnortnah, bezahlbar und menschlich bleiben.

Der VdK verlangt:

- Pflegestrukturplanung verbindlich machen.
- Pflegestützpunkte finanziell und personell ausbauen.
- Pflege in der Nachbarschaft fördern.
- Angehörige entlasten und entsprechende Angebote schaffen.
- Pflegekräfte in ihrer Arbeit unterstützen.
- Heimaufsicht stärken, um Kontrollmechanismen zum Schutz von Pflegebedürftigen zu gewährleisten.



Für eine sozial gerechte Klimapolitik!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 6

Klima

Soziale Klimapolitik gestalten

Klimaschutz ist eine der größten Aufgaben der Gegenwart – und eine soziale Frage. Die Folgen des Klimawandels treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart, da sie oft in schlecht isolierten Wohnungen leben, keine Rücklagen für steigende Energiepreise haben und kaum Möglichkeiten, auf ökologische Alternativen umzusteigen. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen betont, dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden muss. Kommunen können hier eine Schlüsselrolle übernehmen, etwa durch Energieberatungsprogramme, soziale Förderungen für Gebäudesanierungen und die gezielte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte. Klimaschutz darf nicht zu sozialer Ausgrenzung führen, sondern muss Teilhabe und Gerechtigkeit fördern.

Der VdK verlangt:

- Klimaschutz sozial gerecht gestalten.
- Energiearmut bekämpfen.
- Öffentliche Gebäude energetisch sanieren.
- Klimaanpassung als soziale Aufgabe begreifen.
- Kommunale Hitzeschutzpläne erstellen.

Kommunalwahl 2026



Bus und Bahn: bezahlbar und barrierefrei!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 2

Mobilität

Erreichbarkeit ist auch Teilhabe

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe. Wer keine Möglichkeit hat, den Arzt, das Rathaus, den Arbeitsplatz oder kulturelle Angebote zu erreichen, wird ausgegrenzt. Besonders im ländlichen Raum sind viele Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen, weil Bus- und Bahnverbindungen fehlen oder zu selten fahren. Für Menschen mit Behinderung oder ältere Bürgerinnen und Bürger stellen Barrieren an Haltestellen oder in Verkehrsmitteln ein zusätzliches Hindernis dar und dies insbesondere dann, wenn Sie auf Hilfsmittel wie zum Beispiel Rollator oder Elektromobil angewiesen sind. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert, Mobilität als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zu verstehen. Kommunen müssen sich für ein engmaschiges, barrierefreies und bezahlbares Nahverkehrsnetz einsetzen und flexible Angebote wie Rufbusse oder Bürgerfahrdienste fördern. Nur so kann Mobilität als Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet werden.

Der VdK verlangt:

- ÖPNV ausbauen und bezahlbar halten.
- Barrierefreie Mobilität sichern.
- Mobilitätsangebote im ländlichen Raum stärken.
- Fuß- und Radwege verbessern.
- Kommunale Verkehrswende sozial gestalten.



Für mehr Ärzte auf dem Land!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 3

Gesundheit

Daseinsvorsorge sichern

Eine gute gesundheitliche Versorgung ist ein zentraler Bestandteil sozialer Sicherheit. Doch die Versorgungslage verschlechtert sich: Arztpraxen schließen, Krankenhäuser werden privatisiert oder zentralisiert und Fachkräfte fehlen. Gerade in ländlichen Regionen entstehen medizinische Unterversorgungsgebiete. Hinzu kommen Barrieren in Arztpraxen und Kliniken, die Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung den Zugang erschweren. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert, dass Kommunen in Zusammenarbeit mit Ländern und Kassenärztlichen Vereinigungen sowie Krankenkassen lokale Gesundheitszentren fördern, die Prävention, Pflege und medizinische Versorgung unter einem Dach anbieten. Gesundheit ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und darf nicht allein marktwirtschaftlichen Interessen überlassen werden. Deswegen lehnt der Sozialverband VdK ausschließlich renditeorientierte investorengetragene Versorgungszentren entschieden ab!

Der VdK verlangt:

- Kommunale Gesundheitszentren fördern.
- Gesundheitliche Prävention vor Ort stärken.
- Barrierefreie Gesundheitsversorgung sicherstellen.
- Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe verankern.
- Attraktive Bedingungen für Ärztinnen und Ärzte schaffen.



Wohnen: bezahlbar und barrierefrei!



Gemeinsam für ein soziales Niedersachsen

Soziale Gerechtigkeit entsteht nicht durch Worte,
sondern durch konkretes Handeln – vor Ort, in den Gemeinden,
Städten und Landkreisen.

Alle Forderungen des VdK unter www.nb.vdk.de.

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Forderung 1

Wohnen

bezahlbar, barrierefrei, bedarfsgerecht

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Dennoch ist bezahlbarer Wohnraum in vielen Städten und Gemeinden zunehmend knapp. Besonders betroffen sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen und Menschen mit Behinderung. Barrierefreier Wohnraum fehlt an vielen Orten fast völlig. In Niedersachsen und Bremen sind die Mieten in den letzten Jahren deutlich gestiegen, während der soziale Wohnungsbau stark zurückgegangen ist. Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen sieht die Kommunen in der Pflicht, Wohnungsversorgung wieder stärker als öffentliche Aufgabe zu begreifen. Kommunen müssen aktiv Bodenpolitik betreiben, Grundstücke sozial orientiert vergeben und selbst oder über kommunale Wohnungsunternehmen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auch Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit sind entscheidend, um Menschen zu ermöglichen, so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren Wohnungen zu leben. Dabei spielen nicht nur die Barrierefreiheit innerhalb der Wohnung, sondern auch die der Umgebung sowie die Erreichbarkeit der Wohnungen eine entscheidende Rolle. Wohnungen für ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen dürfen nicht auf der "grünen Wiese" stehen, sie müssen in eine gute Infrastruktur eingebunden sein.

Der VdK verlangt:

- Mehr sozial geförderten Wohnraum schaffen.
- Barrierefreiheit als Standard umsetzen.
- Wohnraumzweckbindung verlängern.
- Leerstand und spekulativen Wohnraum bekämpfen.
- Kommunale Wohnberatung ausbauen.